DNR
DEUTSCHER
NATURSCHUTZRING

JAHRESBERICHT 2018

DACHVERBAND DER DEUTSCHEN NATUR-, TIER-
UND UMWELTSCHUTZORGANISATIONEN e.V.

© Karsten Wuerth - unsplash

INHALT

VON DER KOHLEKOMMISSION BIS ZUR GEMEINNÜTZIGKEIT ..... SEITE 3

IM FOKUS
AGRAR-, NATUR- UND TIERSCHUTZPOLITIK ..... SEITE 4

IM FOKUS
POLITIK UND GESELLSCHAFT ..... SEITE 10

IM FOKUS
EU-KOORDINATION ..... SEITE 15

IM FOKUS
VERNETZUNG UND VERBANDSARBEIT ..... SEITE 18

DAS PRÄSIDIUM
AUF EIN WORT MIT DEM PRÄSIDIUM ... . SEITE 23

DNR-TRÄGERSCHAFT
FORUM UMWELT UND ENTWICKLUNG ..... SEITE 35

DNR-TRÄGERSCHAFT
KAMPAGNE MEINE LANDWIRTSCHAFT ..... SEITE 40

NEUE MITGLIEDER ..... SEITE 43

STRUKTUREN & ZAHLEN ..... SEITE 46

MITGLIEDSCHAFTEN UND GREMIEN ..... SEITE 50

IMPRESSUM ..... SEITE 53

LEITBILD ..... SEITE 54

MITGLIEDER ..... SEITE 55

VON DER KOHLEKOMMISSION BIS ZUR GEMEINNÜTZIGKEIT

2018 war das Jahr des Streitens fürs Tierwohl, den Insektenschutz und für eine Zeit jenseits der Kohle. Ob Wasserrahmenrichtlinie, europäische Klima- und Energiepolitik, Koalitionsverhandlungen, EU-Agrarpolitik, Haltung von Wildtieren oder gesellschaftspolitische Themen wie die Debatte um Aberkennung von Gemeinnützigkeit oder die Herausforderung „Umgang mit der AfD“ – wir haben bewiesen, dass Vielfalt unsere Stärke ist.

Dass ein Engagement und Einsatz des DNR und seiner Mitglieder für unsere natürlichen Lebensgrundlagen notwendiger sind denn je, hat das Jahr 2018 eindringlich gezeigt. Die zahlreichen Sturmtiefs mit Sachschäden in Milliardenhöhe, gefolgt von einem Jahrhundertsommer mit Dürren und Todesopfern durch Waldbrände sind harte Realität: Das Klima ist mittlerweile massiv gestört, die Artenvielfalt nimmt dramatisch ab und die planetaren Belastungsgrenzen stehen unter starkem Druck. In dieser Situation gewinnt eine fundierte Koordinationsarbeit eine umso größere Bedeutung, um einen echten Kurswechsel in Politik und Gesellschaft zu erreichen.

Unsere Anliegen sind in jüngster Zeit allgegenwärtig in der öffentlichen Debatte. Dank einer wachsenden zivilgesellschaftlichen Bewegung gibt es in großen Teilen der Bevölkerung den zunehmenden Wunsch nach einem entschiedenen Handeln der Politik. Als Dachverband haben wir zahlreiche Prozesse intensiv begleitet, moderiert und koordiniert, um eine starke Plattform des offenen Meinungsaustauschs zu bieten und die Interessen unserer Mitglieder auf der politischen Bühne in Berlin und Brüssel erfolgreich zu vertreten.

Das vergangene Jahr hat damit einmal mehr deutlich gemacht, wie wichtig ein kontinuierliches Engagement für den Zusammenhalt und die Wirkung der Natur-, Umwelt- und Tierschutzbewegung ist. Nicht zuletzt mit der Berufung des DNR in die Kohlekommission ist der DNR ins Zentrum der umweltpolitischen Entscheidungen gerückt und wird als wichtiger Ansprechpartner in zahlreichen Verhandlungen beteiligt.

Die beständigen Neuaufnahmen weiterer Organisationen in den DNR bedeuten die größte Anerkennung für unsere Arbeit im Natur-, Umwelt- und Tierschutz. Inzwischen umfasst das gemeinsame Netzwerk 90 Mitgliedsorganisationen. Lassen Sie uns gemeinsam diese Allianz nutzen, um auch weiterhin die großen Herausforderungen der kommenden Jahre anzupacken!

Dieser Jahresbericht bietet Ihnen einen Rückblick zu einigen Entwicklungen und den vielfältigen Aufgaben des Deutschen Naturschutzrings im Jahr 2018 – Sie werden staunen, was alles passiert ist.

Kai Niebert,
Präsident

Florian Schöne,
Generalsekretär

IM FOKUS:

AGRAR-, NATUR- UND TIERSCHUTZPOLITIK

„Die Trendwende beim Insektenschutz kann weder vom Balkon noch von den Bürgern angeführt werden. Sie muss von dort kommen, wo das Problem entsteht – in unseren Agrarlandschaften.“

– Ilka Dege, Koordinatorin Biodiversitätspolitik

DAS VORHABEN IM INTERNET:

www.dnr.de/biodiversitaetspolitik

TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Ilka Dege

Lavinia Roveran

Florian Schöne

Seit jeher sind Biodiversitätsthemen bei uns und in unseren Mitgliedsverbänden von zentraler Bedeutung. Mit der Besetzung der neu geschaffenen Koordinationsstelle ist das Team der Geschäftsstelle seit März 2018 komplett. Das spiegelt sich auch in der Vielfalt der bearbeiteten Themen wider: Ob Nutztierhaltung, Agrarreform, Düngerecht, Wasserrahmenrichtlinie, Biodiversitätsstrategie oder Insektenschutz – wir koordinierten 2018 komplexe Anliegen aus Verbänden und Partnerorganisationen, damit das Artensterben endlich der Vergangenheit angehört. Zentrale Stellschraube, um Insekten, Tiere, Gewässer und Naturschutzgebiete besser zu schützen, ist dabei der überfällige Kurswechsel in der Landwirtschaft und Agrarpolitik – auf nationaler wie europäischer Ebene.

AKTIONSPROGRAMM INSEKTENSCHUTZ

Zeitgleich mit dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung hatte ein Thema über Wochen die Schlagzeilen beherrscht: er dramatische Insektenverlust. Unter Federführung des DNR legten die Naturschutz- und Umweltverbände im Mai 2018 detaillierte Anforderungen an das im Koalitions-vertrag vereinbarte „Aktionsprogramm Insektenschutz“ vor. Essenz der Aussagen: Eine Trendwende beim Insektensterben ist ohne eine Trendwende in der (landwirtschaftlichen) Bewirtschaftung und damit von 50 Prozent der Gesamtfläche Deutschlands nicht zu bewältigen.

→ Das heißt: weniger Pestizide und Nährstoffe, mehr Struktur- und Kulturartenvielfalt.

REFORM DER GEMEINSAMEN EUROPÄISCHEN AGRARPOLITIK (GAP)

2018 war ein Schlüsseljahr für die Zukunft der GAP. Am 1. Juni 2018 legte EU-Agrarkommissar Phil Hogan seine Vorschläge für die neue Förderperiode der EU-Agrarpolitik ab 2021 vor. Trotz vorhandener Ansätze für höhere Umweltambitionen gilt als sicher, dass die Mitgliedstaaten ihre neu gewonnenen Gestaltungsspielräume dazu nutzen werden, aus Wettbewerbsgründen möglichst niedrige Standards anzusetzen.

Gemeinsam mit unseren Mitgliedsverbänden haben wir den Verhandlungsprozess, der sich noch weit in das Jahr 2019 fortsetzen wird, intensiv mit Gesprächen, Positionspapieren, Stellungnahmen und Aktionen begleitet. Auch nach dem Brexit wird der größte Teil des EU-Budgets in die GAP fließen. Als Verbände setzen wir alles daran, dass diese Gelder endlich und ausnahmslos der Einhaltung von EU-Umweltzielen dienen – zum Schutz von biologischer Vielfalt, Gewässern, Böden und unseres Klimas.

#PROTECTWATER: AUCH GEWÄSSER BRAUCHEN BESSEREN SCHUTZ

Nicht nur Insekten, auch unsere Meere, Seen, Flüsse und unser Trinkwasser sind zunehmend durch Überdüngung und hohe Schadstoffeinträge bedroht. Hinzu kommen weitere Belastungen durch Industrie, Verkehr oder Bergbau und die Folgen des Klimawandels, eindrücklich bestätigt durch den Hitzesommer 2018. Auch Deutschland hat bisher zu wenig getan, um die von allen europäischen Mitgliedstaaten vor 18 Jahren in der EU-Wasserrahmenrichtlinie vereinbarten Ziele zum Schutz unserer Wasserressourcen zu erreichen. In einem breiten Verbändebündnis engagierte sich der DNR deshalb auf europäischer und nationaler Ebene, um die international als Meilenstein angesehene Richtlinie zu erhalten und ihre Umsetzung zu verbessern, und formulierte Forderungen der Umweltverbände.

GEMEINSAME KAMPAGNE „STOPPT DIE GÜLLEVERSCHMUTZUNG!“

Ein bisher einmalig breiter Zusammenschluss von Wasserverbänden, Umweltorganisationen und einer Gewerkschaft hat sich im Jahr 2018 unter dem Titel „Gülleverschmutzung stoppen“ intensiv um eine Verschärfung des Düngerechts bemüht. So wurde im Februar eine Petition an die damalige Bundesumweltministerin Barbara Hendricks übergeben, mit der die Initiative wirksame Maßnahmen zum Schutz der Trinkwasserressourcen vor Nitratbelastungen einforderte. Mit Fachgesprächen, Stellungnahmen und gemeinsamer Kampagnenarbeit wurde der laufende Novellierungsprozess der Düngeverordnung erfolgreich beeinflusst.

© BMU.Sascha Hilgers

Übergabe der Petition an Bundesumweltministerin Barbara Hendricks.

GRENZÜBERGREIFENDE ALLIANZ ZUM NATUR- UND HOCHWASSERSCHUTZ AN DER ODER

In einem gemeinsamen Projekt haben deutsche und polnische Umweltverbände dazu beigetragen, dass der länderübergreifende Hochwasserschutz an der Oder nicht gegen den Naturschutz ausgespielt wird. Mithilfe eines umfangreichen Fachgutachtens konnten sie klar belegen, dass die Ausbaupläne dem europäischen Naturschutzrecht widersprechen und sogar für den Hochwasserschutz eine Verschlechterung darstellen. Die Abschlusstagung im polnischen Słubice mit rund 80 Teilnehmer*innen war von einer kontroversen, aber dennoch konstruktiven Atmosphäre zwischen Naturschutz- und Nutzervertreter*innen geprägt. Als konkretes Ergebnis kündigte die polnische Regierung wenig später an, dass sie die geplante Eindeichung des naturschutzfachlich wertvollen Zwischenoderlands (Międzyodrze) zur Entwicklung als Flutpolder nicht weiter verfolgen möchte.

NATURERBE-BEIRAT GEGRÜNDET

Bereits seit zehn Jahren überträgt der Bund im Rahmen des Nationalen Naturerbes unentgeltlich Flächen an Länder, Stiftungen und Verbände, um diese dauerhaft dem Naturschutz zu unterstellen. Am 30. Oktober 2018 haben sich Träger und Hauptakteure unter Beteiligung des DNR offiziell in einem gemeinsamen Gremium – dem Naturerbe-Beirat – zusammengeschlossen, um die gemeinsame Arbeit zu verstetigen und der Öffentlichkeit weiter bekannt zu machen.

TIERWOHLVERSPRECHEN BLEIBEN AUF DER STRECKE

Selbst unter Landwirten gilt als unstrittig: Die Nutztierhaltung steht vor enormen Herausforderungen. Der umweltpolitische Handlungsbedarf wächst ebenso wie die gesellschaftlichen Erwartungen an eine artgerechte Haltung von Millionen von Rindern, Schweinen und Geflügel. Mit unseren Mitgliedsverbänden haben wir im Rahmen laufender Gesetzesvorhaben zum Tierwohllabel, zur Ferkelkastration oder Tiertransporten öffentlich Stellung bezogen, um die Bundesregierung auf ihre Versprechen im Koalitionsvertrag zu verpflichten. Dazu gehört auch, dass die Bundesregierung europäische wie nationale Fördermittel viel umfangreicher und zielgerichteter als bisher für den Umbau der Tierhaltung zweckbinden muss – im Interesse der Tiere, Landwirte und des Natur- und Gewässerschutzes.

KERNFORDERUNGEN AN DAS STAATLICHE TIERWOHLKENNZEICHEN

Auch in der Privathaltung von Tieren sowie bei Versuchstieren ist die Bundesregierung angekündigte Verbesserungen schuldig geblieben. Das belegt eine vom Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) selbst in Auftrag gegebene Studie. Auf gemeinsamen Druck von DNR und weiteren Tierschutzverbänden in Form eines Parlamentarischen Abends und von Stellungnahmen hat das BMEL im November 2018 aktiveres Handeln zugesagt.

UMSETZUNG DER NATIONALEN STRATEGIE ZUR BIOLOGISCHEN VIELFALT

Unter Koordination des DNR haben sich die Naturschutzorganisationen BUND, DUH, NABU und WWF in einem Förderprojekt zusammengeschlossen, um dem Naturschutz in zentralen Handlungsfeldern zu mehr Erfolg zu verhelfen. Durch Impulspapiere, Fachgespräche oder Gutachten wurden in Bereichen wie Meeresschutz, Biotopverbund, Grün in der Stadt oder Agrarpolitik konkrete Empfehlungen für Politik und Verwaltung formuliert.

34. DEUTSCHER NATURSCHUTZTAG

In 2018 gingen die intensiven Organisations- und Abstimmungsprozesse für den Deutschen Naturschutztag (DNT) mit dem Vorbereitungsteam aus Vertreter*innen des BfN, BBN (federführend), DNR (vertreten von Undine Kurth, Helga Inden-Heinrich, Jan Sachse) und dem gastgebenden Bundesland Schleswig-Holstein in die Final- und Anmeldephase. Sie mündeten in einer sehr interessanten, erfolgreichen und mit 1.300 Teilnehmer*innen sehr gut besuchten Veranstaltung in Kiel. Zum zweiten Mal gab es wieder eine Fachveranstaltung „Junges Forum“, konzipiert und organisiert von den Jugendverbänden der Mitgliedsverbände des DNR. Ein eigens für die jungen Teilnehmenden bereitgestelltes Informationszelt „Lounge“ wurde rege angenommen und animierte zu interessanten und informativen Begegnungen.

„Hambi bleibt“ – spontan versammelten sich die Teilnehmenden des DNT zu einer Soliaktion.

IM FOKUS:

POLITIK UND GESELLSCHAFT

„Als Team Politik & Gesellschaft suchen wir den Schulterschluss mit zivilgesellschaftlichen Dachverbänden, vernetzen uns mit relevanten Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft und koordinieren unsere Mitgliedsverbände. Dabei reichen die Themen von der Klima- und Energiepolitik über Wirtschaftswandel bis zur Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus.

Die Themen eint die Erkenntnis, dass eine wirksame Politik innerhalb der planetaren Grenzen nur mit und nicht gegen die Gesellschaft gelingen kann. Neben kohärenter Politik bedarf es dafür auch eines gesellschaftlichen Klimas, das auf Fakten und Dialog statt auf Spaltung setzt.“

– Tobias Pforte-von Randow, Koordinator Politik & Gesellschaft

DAS VORHABEN IM INTERNET:

www.dnr.de

TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Tobias Pforte-von Randow

Theresa Klostermeyer

Christian Hermani

BUNDESTAGSWAHL

In der außergewöhnlich langen Regierungsbildung nach den Wahlen im Herbst 2017 ist es gelungen, klima- und energiepolitische Aufgaben als wichtige Themen zu setzen. Nach dem Scheitern der Jamaika-Verhandlungen einigten sich Union und SPD auf wesentliche Vorhaben, darunter eine Kommission für den Kohleausstieg und die Verabschiedung eines Klimaschutzgesetzes. Wir haben diese Phasen intensiv begleitet, unsere Verbände koordiniert und in zahlreichen Gesprächen mit relevanten Akteuren aus der Politik für wirkungsvollen Klimaschutz geworben.

CO_2-BEPREISUNG

Bis Anfang 2018 wurde die Forderung nach einem Preis für CO_2 insbesondere in den Sektoren Verkehr und Gebäude von großen Teilen der Politik allenfalls belächelt. Eine grundlegende Reform der Steuern und Abgaben, um den bisher hoch belasteten erneuerbaren Strom für die zunehmende Sektorkopplung attraktiv zu machen und zugleich die Steuern auf fossile Verbräuche wie Kraft- und Heizstoffe zu erhöhen, schien politisch nicht durchsetzbar. Wir haben gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen Konzepte erarbeitet und verglichen, Unterstützer jenseits der Umweltverbände gesucht und in vielen Gesprächen mit der Politik für diesen mutigen Schritt geworben. Mittlerweile ist es keine Frage mehr ob, sondern nur noch wie eine CO_2-Bepreisung eingeführt wird. Denn der CO_2-Preis muss nicht nur im Sinne eines ambitionierten Klimaschutzes wirken, sondern auch soziale Verwerfungen verhindern. Wir arbeiten daher weiter an geeigneten Konzepten und einer zeitnahen Umsetzung.

KOHLEKOMMISSION

Mit dem Einsetzungsbeschluss des Bundeskabinetts für die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (kurz Kohlekommission) Ende Mai stand fest, dass sowohl der DNR als auch unser Mitglied BUND sowie Greenpeace in der Kommission vertreten sein werden. Mit der ersten Sitzung der Kohlekommission am 26. Juni wuchs im Vorfeld der politisch-strategische Abstimmungsbedarf innerhalb der beteiligten Verbände, den übrigen Umweltverbänden, der Politik und den übrigen in der Kommission vertretenen Interessengruppen. Die Sitzungen der Kommission waren eng getaktet, und insbesondere die Anhörungsphase war von intensiver Arbeit mit den eingereichten Studien und Gutachten geprägt.

© Michael Gaida / Pixabay

© Kai Niebert

Die Ankündigung von RWE, noch im Oktober mit der Rodung des Hambacher Waldes zu beginnen, um die darunterliegende Kohle in ihren rheinischen Kraftwerken zu verfeuern, hat den strategischen Austausch zwischen den Verbänden in und außerhalb der Kommission zusätzlich intensiviert.

Anfang 2019 konnte sich die Kohlekommission schließlich bei nur einer Gegenstimme auf einen Kompromiss zur Beendigung der Kohleverstromung verständigen. In vielen Gesprächen mit den federführenden Ministerien arbeiten wir gemeinsam mit unseren Mitgliedern an einer zeitnahen Umsetzung und gesetzlichen Fixierung des Kohleausstiegs.

ALLIANZ FÜR WELTOFFENHEIT

Wir beteiligen uns als Gründungsmitglied an der „Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat – gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt“. Gemeinsam mit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), dem Deutschen Kulturrat, dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) und den Spitzengremien der Religionsgemeinschaften setzen wir uns gegen Rassismus und für ein friedliches Miteinander ein. Neben vielfältigen Aktivitäten hat das Bündnis einen gemeinsamen Appell zur Europawahl im Mai 2019 erarbeitet.

POSTWACHSTUM UND WIRTSCHAFTSWANDEL

Ungebremstes Wachstum der Wirtschaft ist verantwortlich für massive Zerstörung von Naturlandschaften, Verlust der Biodiversität, Klimawandel, Flächenfraß oder Luftverschmutzung und verhindert Teilhabe und Lebensqualität. Die planetaren Grenzen erfordern, dass die Betrachtung von Ausstoß, Verschmutzung, Verbrauch und Zerstörung immer eine systemische, also ganzheitliche Perspektive einnehmen muss. Hierfür bedarf es der Zusammenarbeit der zivilgesellschaftlichen und politischen Akteure aller Politikfelder.

Wir haben im Jahr 2018 erfolgreich eine Plattform für Wirtschaftswandel etabliert. Neben der Organisation von großen Netzwerktreffen des zivilgesellschaftlichen Netzwerkes Zivile Enquete wurde die Gründung verschiedener Arbeitskreise innerhalb des Netzwerkes zu unterschiedlichen Schwerpunkten unterstützt. So gibt es seit 2018 einen Arbeitskreis zu Narrativen und Framing der Transformationsdebatte, der sich erfolgreich mit einem neu gegründeten Degrowth-Journalist*innen-Netzwerk verbindet. Zudem gründete sich der „Arbeitskreis Postwachstum und Politik", um direkt bei der bundespolitischen Debatte mitzuwirken. Der Arbeitskreis treibt Perspektiven voran, die unsere Natur nicht nur auf Ökosystemgüter und Ökosystemdienstleistungen reduzieren.

EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE VERNETZUNG

Über die nationale Vernetzung und Unterstützung der fachlichen Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Akteure hinaus haben wir den Schwerpunkt auf die europäische Vernetzung zum Thema Postwachstum und Wirtschaftswandel gelegt. Dabei wurde ein kritischer Brief europäischer Ökonom*innen veröffentlicht, der als Petition zusammen mit dem European Environmental Bureau (EEB) weiterverbreitet wurde.

DIGITALISIERUNG UND NACHHALTIGKEIT

Verantwortlich in der Geschäftsstelle: Maria Bossmann

Es wird immer deutlicher, dass bei der Bewertung der neuesten digitalen Innovationen und Entwicklungen Nachhaltigkeitsaspekte stärker einbezogen werden müssen. Nachhaltigkeit bedeutet neben Klima- und Umweltfragen auch, dass Datenschutzaspekte, Cybersicherheit, Verhinderung von Monopolen und Auswirkungen auf die Arbeitswelt mitgedacht werden müssen. Effektiver Datenschutz kann auch einen Beitrag zur ökologischen Nachhaltigkeit leisten, genau wie nachhaltiges Produktdesign ein Grundsatz bei der Entwicklung neuer digitaler Anwendungen sein sollte. Diese thematische Verschränkung hat bisher noch nicht ausreichend stattgefunden.

Unter der Leitfrage „Was kann Digitalisierung zur nachhaltigen Transformation der Gesellschaft beitragen?" haben wir gemeinsam mit neun Organisationen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft die Konferenz für Nachhaltigkeit und Digitalisierung „Bits & Bäume" im November 2018 an der Technischen Universität Berlin organisiert. Die Hauptmotivation der Konferenz und des Bündnisses begründet sich aus der Beobachtung, dass viele umwelt-, entwicklungs- und netzpolitische Organisationen bislang unzureichend miteinander vernetzt sind und meist nebeneinander agieren. Daher wurde „Bits & Bäume" auch als öffentliche Vernetzungskonferenz konzipiert. Mit rund 1.700 Teilnehmer*innen, 400 teils internationalen Referent*innen und 130 Veranstaltungen auf 12 parallelen Bühnen konnte unser Konzept erfolgreich umgesetzt werden, was sich auch in einem ansehnlichen Medienecho niedergeschlagen hat.

Es ist zu hoffen, dass Zivilgesellschaft und die kritische Wissenschaft gemeinsam die Digitalisierung mitgestalten, da dies nicht alleine der Wirtschaft und der Politik überlassen werden sollte.

Dazu wurden vom Trägerkreis zehn gemeinsame Forderungen für eine nachhaltige Digitalisierung auf der Abschlussveranstaltung der Konferenz vorgestellt.

Die einzelnen Veranstaltungen der fünf Bühnen wurden aufgezeichnet und stehen als Downloads auf unbegrenzte Zeit zur Verfügung.

© Santiago Engelhardt

IM FOKUS:
EU-KOORDINATION

„Die Europäische Union muss jetzt die Weichen für wirksamen Klimaschutz, für die Agrarwende und erfolgreichen Naturschutz stellen. Die EU braucht ein komplettes Umbauprogramm für ein grünes und soziales Europa.“

– Bjela Vossen, Leiterin EU-Koordination

DAS VORHABEN IM INTERNET:

www.dnr.de/eu-koordination

TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Bjela Vossen
Elena Hofmann
Antje Mensen
Mateja Kahmann
Ann Wehmeyer
Juliane Grüning
Katrin Meyer

Die EU-Koordination bildet die Schnittstelle für die Umweltverbände zwischen Berlin und Brüssel. Mit Veranstaltungen, Veröffentlichungen und unserem EU-Umweltnewsletter versuchen wir, aktuelle umweltrelevante Themen aus dem europäischen Parlament nach Berlin zu holen und arbeiten dabei eng mit Brüsseler und nationalen Verbänden zusammen.

2018 richteten wir den Blick ganz besonders nach vorne: Die Themen Europawahl im Mai 2019, EU-Klima- und Energiepolitik nach 2020 sowie der Mehrjährige Finanzrahmen nach 2020 haben uns intensiv beschäftigt. Aber auch die Zukunft der EU im Ganzen sowie die besorgniserregende Deregulierungsagenda der EU-Kommission standen im Fokus unserer Arbeit.

EUROPAWAHL

Das Brexit-Votum Ende Juni 2016 sowie die zunehmende Europafeindlichkeit und der wachsende Populismus lösten eine Debatte über die Zukunft der Europäischen Union aus, zu deren Werten Offenheit, Nichtausgrenzung, Toleranz, Respekt und die Verpflichtung zur Nachhaltigkeit zählen. Um möglichst auch auf die Wahlprogramme Einfluss zu nehmen, haben wir mit den DNR-Mitgliedern Europawahlforderungen koordiniert und bereits im Juli veröffentlicht. Der Logoteppich von 86 DNR-Mitgliedern unterstreicht die Botschaften auf eindrucksvolle Weise. Durch das frühzeitige und vereinte Vorgehen haben sich verschiedene Parteien für ihre Parteiprogramme aus unseren Forderungen bedient – teilweise wortwörtlich. Auf dieser Grundlage konnten wir die gemeinsame Europawahlkampagne #natürlichEuropa aufbauen. Unser Ziel war es, die elf Millionen in unseren Mitgliedsverbänden organisierten Menschen für eine proeuropäische, demokratische und ökologische Wahlentscheidung zu mobilisieren.

MEHRJÄHRIGER FINANZRAHMEN

Der Mehrjährige Finanzrahmen der EU (MFR) legt für einen Zeitraum von sieben Jahren fest, wie viel Geld der EU für welche Bereiche zur Verfügung steht, und beeinflusst damit stark nachgelagerte Reformen. Um frühzeitig Einfluss auf dieses komplexe Thema zu nehmen und möglichst viele Verbände zur Mitarbeit zu bewegen, haben wir bereits Anfang 2018 ein Positionspapier mit 25 Verbänden verabschiedet und immer wieder unseren Steckbrief zum MFR aktualisiert. Das Positionspapier diente als Türöffner für Gesprächstermine der Umweltverbände bei der EU-Kommission, dem Auswärtigen Amt und weiteren Ministerien und Behörden.

KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK IN DER EU

Das Jahr 2018 hatte auf europäischer Ebene klima- und energiepolitisch einige zielführende Neuerungen zu bieten. Um die europäische Energiewende voranzubringen und das EU-eigene Treibhausgasreduktionsziel von 40 Prozent bis 2030 zu erreichen, wurde im Rahmen des Winterpakets unter anderem das Ausbauziel für Erneuerbare Energien auf 32 Prozent und das Energieeffizienzziel auf 32,5 Prozent bis 2030 angehoben. Außerdem wurde durch CO_2-Grenzwerte für

Kapazitätsmechanismen die staatliche Förderung von Kohle- und ineffizienten Gaskraftwerken eingeschränkt. Mit der Verabschiedung der Governance-Verordnung wurden zusätzlich die Berichtspflichten aller Mitgliedstaaten in sogenannten nationalen Energie- und Klimaplänen harmonisiert und mit dem Entwurf einer neuen Langfriststrategie für den Klimaschutz der EU-Kommission Wege zu einer treibhausgasneutralen Zukunft der EU entwickelt.

Das Jahr 2018 brachte jedoch auch Ernüchterung bezüglich der Rolle der Bundesregierung in den Verhandlungen der klima-und energiepolitischen Dossiers auf EU-Ebene. Denn entgegen dem Bekenntnis zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens bremste Deutschland gemeinsam mit osteuropäischen Mitgliedstaaten bei zahlreichen Dossiers ambitionierte Vorschläge von Frankreich, Schweden und Portugal aus.

Der DNR hat sich entsprechend diesen neuen Herausforderungen nicht nur aktiv für ambitioniertere europäische Ziele und Maßnahmen sowie die Stärkung der EU als Motor einer ambitionierten Klimaschutzpolitik weltweit, sondern auch für ein progressiveres Agieren der Bundesregierung während der Verhandlungsprozesse eingesetzt. So haben wir beispielsweise eine Reihe von Gesprächen im Bundesumwelt- und im Bundeswirtschaftsministerium, mit Energie-Kommissar Maroš Šefčovič sowie Abgeordneten des Europäischen Parlaments geführt. Zudem wurden die Entscheidungen intensiv durch Pressearbeit und koordinierte öffentliche Briefe sowie anhand von Workshops und politischen Veranstaltungen begleitet. Ein besonderer Fokus lag 2018 auf der Stärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft zur europäischen Klimapolitik und auf der bilateralen Kooperation in den nationalen Energiewenden. Gemeinsam mit dem französischen Dachverband Réseau Action Climat konnten öffentliche Briefe, ein Workshop mit anschließenden politischen Treffen in Paris sowie eine gemeinsame Erklärung der deutsch-französischen Zivilgesellschaft realisiert werden.

© Karsten Würth - unsplash

IM FOKUS:

VERNETZUNG UND VERBANDSARBEIT

„Gesellschaftlich relevante Herausforderungen werden wir in Zukunft nur noch bewältigen können, wenn wir uns vernetzen und strategische Allianzen bilden. Dabei müssen wir aus dem Natur-,Tier-, und Umweltschutz heraus und mit anderen gesellschaftlichen Gruppierungen, Initiativen und Organisationen aus den Bereichen Soziales, Medien, Politik, Wirtschaft, Kirchen, Gewerkschaften und Sport ins Gespräch kommen. Nur so werden wir ein Umdenken in der Gesellschaft nachhaltig entwickeln können. Nur gemeinsam geht's!"

– Helga Inden-Heinrich, Geschäftsführerin

DAS VORHABEN IM INTERNET:

www.dnr.de

TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Helga Inden-Heinrich

Maria Bossmann

Anke Draheim

Anna Geuchen

ZIVILGESELLSCHAFT UND DAS BÜRGERSCHAFTLICHE ENGAGEMENT STÄRKEN

Die Zivilgesellschaft und das bürgerschaftliche Engagement stellen grundlegende Säulen für den Zusammenhalt in der Gesellschaft und die gelebte Demokratie dar. Das Bündnis für Gemeinnützigkeit repräsentiert zehn große Dachverbände und ist der größte Zusammenschluss der Zivilgesellschaft in Deutschland. Immer mehr Menschen in Deutschland engagieren sich freiwillig. Diese Entwicklung kann helfen, große gesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen. Das Bündnis sieht für eine starke Zivilgesellschaft deutlichen Reformbedarf, der von Zuständigkeitsfragen in Legislative und Exekutive bis hin zu Anpassungen von Rechtsvorschriften reicht. Gemäß dem Rotationsprinzip haben wir für das Jahr 2018 die geschäftsführende Koordination des Bündnisses übernommen. Es standen unter anderem die Entwicklungen im Bereich des Gemeinnützigkeitsrechts und die Probleme einiger Aktions- und auch Umweltvereine zur Diskussion. In Gesprächen mit den Sprecher*innen für Engagementpolitik der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke wurden strategische und inhaltliche Positionierungen zu Fragestellungen der Engagementpolitik erörtert und der engagementpolitische Reformbedarf aus Sicht des Bündnisses für Gemeinnützigkeit vertreten.

Der Deutsche Engagementpreis für bürgerschaftliches Engagement wurde vom Bündnis für Gemeinnützigkeit vergeben. Die breit aufgestellte Auszeichnung mit bundesweiter Beteiligung stärkt die Wertschätzung von freiwilligem Engagement und rückt den vorbildlichen Einsatz für das Gemeinwohl ins Licht der Öffentlichkeit. Mehr als 700 Ausrichter von Preisen für freiwilliges Engagement hatten ihre Preisträger*innen ins Rennen um den Deutschen Engagementpreis geschickt. Am 5. Dezember, dem Internationalen Tag des Ehrenamtes, wurden die sechs Preisträger*innen bei der Preisverleihung gebührend geehrt.

Deutscher Engagementpreis 2018

ZUKUNFTSPILOTEN

Das beliebte Weiterbildungsprogramm für junge Umweltengagierte musste aus Gründen fehlender Finanzierung in den letzten Jahren immer wieder pausieren oder mit minimalem Budget – finanziert durch Teilnehmer*innenbeiträge und Spenden – durchgeführt werden. 2018 haben wir den Kurs aus dem DNR-Haushalt mit 20.000 Euro bezuschusst und somit die Projekt- und Kampagnenarbeit junger Natur- und Umweltschützer*innen unterstützt. Mit dabei waren die Kampagnen „Schraube locker“ zur EU-Ökodesign-Richtlinie und „The Sky is the Limit“ zur Regulierung von Billigflügen.

© Rasmus Grobe

© Rasmus Grobe

INITIATIVE ZUR KULTURELLEN INTEGRATION

Die Initiative kulturelle Integration, die auf eine Idee des Deutschen Kulturrates zurückgeht, will Impulse für gesellschaftliche Diskussionen auslösen, erste Antworten finden und zugleich offene Zukunftsfragen benennen. Sie möchte insbesondere zeigen, welchen Beitrag Kultur zur Integration leisten kann – zur Integration der Menschen, die nach Deutschland kommen. Die Initiative stellte im Juni 2018 mit einer großen, gemeinsamen Veranstaltung die gemeinsam mit zahlreichen gesellschaftlichen Gruppierungen erarbeiteten 15 Thesen mit konkreten Handlungsfeldern öffentlich vor. Der Deutsche Kulturrat hat zudem eine neue Aktion „Gib mir ein Zeichen. Zusammenhalt in Vielfalt" initiiert, an der auch wir uns mit vielen anderen Organisationen beteiligt haben.

INTERNATIONALES

Der DNR ist Mitglied der IUCN (International Union for Conservation of Nature) und Focal Point IUCN Deutschland. 2018 wurde über das Mehrjahresprogramm von IUCN abgestimmt. Dabei handelte es sich vor allem um eine stärkere Abstimmung und Berücksichtigung EU-relevanter Entwicklungen in den unterschiedlichen IUCN-Kontexten. Im April fand ein Treffen der europäischen Nationalkomitees und Focal Points in Amsterdam statt, wobei es um die Etablierung eines neuen interregionalen Komitees zu besseren Einbindung des Nationalkomitees ging.

APP UND PUBLIKATION „NATURSPORT UND KLIMAWANDEL"

Wir haben mit unseren Mitgliedsorganisationen aus Natursport- und Naturschutzorganisationen ein Projekt konzipiert, in dem eine App und eine Publikation zum Thema „Natursport und Klimawandel" zur Sensibilisierung junger Menschen für das Thema erstellt wurden. Diese Gemeinschaftsmaßnahme wurde 2018 fertiggestellt und auf der Mitgliederversammlung präsentiert. Die beiden Medien wurden umgehend von den DNR-Mitgliedsorganisationen in großer Zahl bestellt und in ihren Untergliederungen verbreitet.

MITGLIEDERVERSAMMLUNG 2018

Auf der Mitgliederversammlung im November äußerten sich die DNR-Mitgliedsverbände einstimmig gegen politische Angriffe auf ihre Unabhängigkeit und Gemeinnützigkeit und verabschiedeten die Resolution „Demokratie lebt von der Stärke ihrer Zivilgesellschaft“. Im Anschluss lobte Umweltministerin Svenja Schulze die Arbeit der Umweltverbände und stellte sich den Fragen einiger Mitgliedsverbände, die aktuelle Themen wie CO_2-Bepreisung, Klimaschutz, Stadtgrün, Agrarpolitik und Wolfsmanagement aufgriffen. Mit Blick auf die Europawahl im Mai 2019 verwies Bernd Hüttemann, Generalsekretär der Europäischen Bewegung Deutschland, auf die gute EU-Arbeit des DNR und der Umweltverbände in Brüssel und betonte die Bedeutung der Mitgliedermobilisierung für die anstehenden Wahlen des Europäischen Parlaments zugunsten eines starken und zukunftsfähigen Europas. Mit diesem Fokus wurde auch der Startschuss für die bundesweite Kampagne #natürlichEuropa vorgestellt. Zudem wurden neu aufgenommen die Stiftung Naturlandschaften Brandenburg und die Vereinigung der Freizeitreiter und -fahrer in Deutschland e.V. (VFD). Verabschiedet wurde mit Helga Inden-Heinrich die langjährige DNR-Verwaltungsgeschäftsführerin, die ihren Aufgabenbereich ab März 2019 an Karen Thormeyer übergeben sollte.

AUF EIN WORT MIT … KAI NIEBERT

DNR-PRÄSIDENT, INTERNATIONALE NATUR- UND UMWELTSCHUTZ-POLITIK, ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK, NACHHALTIGKEITS-, WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Im Juni begann Ihre Arbeit in der Kohlekommission. Wie bewerten Sie das Ergebnis der Kommission und die danach folgende Klimapolitik der Bundesregierung?

Die Kommission war ein wichtiges Experiment der Demokratie: Schaffen es demokratische Gesellschaften, sich globaler Herausforderungen wie des Klimawandels anzunehmen und ihr Wirtschaftssystem umzubauen? Nach einem sehr intensiven Arbeitsprozess kann ich sagen: Es ist möglich, wenn man die Prozesse richtig aufsetzt. Denn ich glaube, dass die Kommissionsarbeit von Anfang an anders hätte strukturiert werden müssen. Auf der einen Seite haben zentrale Akteure gefehlt – etwa junge Menschen, die vom Klimawandel besonders stark betroffen sein werden, oder der globale Süden –, auf der anderen Seite waren die Vertreter der Industrie, von Arbeitgeber- wie von Arbeitnehmerseite, deutlich in der Überzahl. Was es gebraucht hätte, wäre ein offenes Austarieren der Verhandlungsoptionen aller Akteure. Dann wäre klar geworden, wer was braucht, um seine Interessen zu wahren – und sich zu bewegen. Mit dem Ergebnis kann man aus Klimaschutzsicht nicht zufrieden sein, innerhalb der Umweltverbände gab es zu Recht heftige Auseinandersetzungen. So ist lediglich ein Minimalkompromiss erreicht worden statt eines notwendigen Interessenausgleichs, mit dem wir allen Beteiligten – Unternehmen, Mitarbeitern und Regionen – eine Sicherheit geboten und gleichzeitig den Klimaschutz ins Zentrum gestellt hätten.

33.000 Teilnehmer bei der Demo gegen Agrarindustrie und Massentierhaltung, wochenlange Proteste im Hambacher Wald und der Streikbeginn von Fridays for Future – 2018 war sehr umweltbewegt. Wie haben Sie diese Zeit im Hinblick auf die Umweltverbände wahrgenommen?

2018 war tatsächlich in vielerlei Hinsicht ein intensives und bewegtes Jahr. Der Jahrhundertsommer hat uns allen verdeutlicht, wie tief greifend die Auswirkungen des Klimawandels sind und dass wir schnell handeln müssen, um eine gesunde und sichere Zukunft für alle gestalten zu können. Die Studie zum Umweltbewusstsein bestätigt auch, dass das Problembewusstsein für Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. 67 Prozent der Befragten sehen Umwelt- und Klimaschutz als nötig an, um Zukunftsaufgaben zu meistern, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und um Arbeitsplätze zu schaffen. Gleichzeitig zeigt die Studie auch, dass die Mehrheit der Bevölkerung die Arbeit der Bundesregierung für unzureichend hält. Unsere Mitgliedsverbände spüren das deutlich: Die Mitgliederzahlen steigen stetig. Die Natur-, Umwelt- und Tierschutzverbände sind somit zu entscheidenden Akteuren im politischen Verhandlungs- und Entscheidungsprozess geworden. Sie liefern Konzepte und Lösungen für die

anstehenden Herausforderungen, wo die Regierung seit Jahren untätig bleibt. Dadurch haben die Verbände mittlerweile einen außerordentlich hohen Professionalisierungsgrad und Expertise auch in gesellschaftspolitisch relevanten Bereichen. Am Ende von 2018 kann ich sagen: An uns kommt niemand mehr vorbei!

Die Politik scheint über das Erstarken der Umweltbewegung weniger erfreut zu sein – die Angriffe auf die DUH, das Infragestellen der Gemeinnützigkeit und damit die Unabhängigkeit von NGOs haben teilweise zu großer Verunsicherung bei den Mitgliedsverbänden geführt.

Das ist richtig. Die Versuche seitens der Politik auf Aberkennung der Gemeinnützigkeit zeigt eindeutig, wie zivilgesellschaftliche Akteure in ihrer Arbeit eingeschränkt oder handlungsunfähig gemacht werden sollen. Wir haben uns als DNR immer klar hinter einzelne Organisationen gestellt, denen unverhohlen mit dem Entzug von Gemeinnützigkeit oder Beteiligungsrechten gedroht wurde. Ich bedaure diese Eskalationen und Angriffe sehr, denn wir sollten uns in Zeiten des wachsenden Rechtspopulismus und der notwendigen sozialen und ökologischen Veränderungen nicht auseinanderdividieren lassen. Im Gegenteil: Nur gemeinsam schaffen wir die Gestaltung einer ökologisch nachhaltigen und fairen Gesellschaft. Die Natur-, Umwelt- und Tierschutzverbände haben das 2018 angesichts ihrer hohen Unterschiedlichkeit sehr eindrücklich demonstriert, dass es funktionieren kann.

AUF EIN WORT MIT … UNDINE KURTH

DNR-VIZEPRÄSIDENTIN, ARTENSCHUTZ, TIERSCHUTZ, KULTUR, RELIGIONEN UND UMWELTSCHUTZ

Was hat sich auf politischer Ebene im Bereich Tierschutz 2018 zum Positiven verändert?

Auf der politischen Ebene leider gar nichts. Null. Es besteht eine immer größer werdende Diskrepanz zwischen dem in der Zivilgesellschaft breit getragenen Anliegen, mehr Tierschutz, mehr Tierwohl zu erreichen und dem offenkundigen Handlungsunwillen aufseiten der politisch Verantwortlichen. Mit einigem Galgenhumor könnte man sagen: „Der Tierschutz hat aufgeschlossen zu anderen großen politischen Feldern wie Klima- und Biodiversitätsschutz. Nämlich: berechtigte Forderungen – viele Ankündigungen – kein adäquates politisches Handeln."

Wo sehen Sie Misserfolge?

Leider ist die Liste lang. Erreichtes wurde zurückgenommen – neue Schritte nicht gegangen. Zum Beispiel wurden das bereits 2013 beschlossene Verbot zur betäubungslosen Ferkelkastration, das zum 01.01.2019 in Kraft treten sollte, oder das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen in NRW in Nacht- und Nebelaktionen zurückgenommen. Küken werden weiter geschreddert, Tiere auf zu wenig Raum gehalten, quälend lange Tiertransporte sind noch immer nicht verboten und eine unterbesetzte Veterinäraufsicht scheint dem allen nicht gewachsen.

Aber nicht nur im Bereich der sogenannten Nutztierhaltung passiert zu wenig. Egal ob bei der fehlerhaften Umsetzung der europäischen Tierversuchsrichtlinie in deutsches Recht, wo nun ein Vertragsverletzungsverfahren droht – ob beim Schutz von Wildtieren, die nicht in Zirkusse gehören und nicht auf Börsen gehandelt werden dürften –, überall sehen wir Leerstellen. Internethandel mit lebenden Tieren, illegaler Welpenhandel, fehlende Unterstützung für Tierheime – die Liste ist wie gesagt lang. Vorschläge liegen auf dem Tisch, aber eine geradezu schamlose Lobbypolitik machen deutlich, welchen Einfluss wirtschaftliche Interessen auf die Tierschutzpolitik in Deutschland haben.

Wie fällt die öffentliche Resonanz auf die DNR-Arbeit zum Tierschutz aus?

Dass das Thema Tier- und Artenschutz in der Öffentlichkeit angekommen ist, habe ich ja eingangs schon benannt. Also wird auf das geachtet, was „die Verbände" dazu machen. Das Wichtigste und auch das Erfolgreichste, was wir dabei erreicht haben, ist, dass alle im DNR organisierten Tier- und Artenschützer gut zusammenarbeiten und sich nicht auseinanderdividieren lassen. So organisieren wir gemeinsam Veranstaltungen wie zum Beispiel den Parlamentarischen Abend zum Wildtierhandel im November 2018; es entstehen gemeinsame Stellungnahmen, Positionspapiere und Verlautbarungen, über die wir wahrgenommen werden und auch die große Mitgliedschaft in den einzelnen Organisationen erreichen. Nur durch öffentlichen Druck werden wir positive Veränderungen erzielen. Das sollte uns allen bewusst sein.

AUF EIN WORT MIT … SEBASTIAN SCHÖNAUER

SCHATZMEISTER, WASSER- UND BODENSCHUTZ, WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK, LEITUNGSKREIS FORUM UMWELT UND ENTWICKLUNG

Was hat sich auf politischer Ebene im Bereich des Wasser- und Bodenschutzes getan und welche Erfolge konnten im Jahr 2018 aus Sicht der Natur- und Umweltschutzorganisationen erzielt werden?

Für Europas Gewässer ist 2019 das Schicksalsjahr. Deshalb bereiteten sich die Umwelt- und Naturschutzverbände Europas akribisch auf die EU-Konsultation zur Überprüfung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und einen „Fitness-Check und Review“ unter Einbeziehung der Öffentlichkeit - ähnlich wie bei der Überprüfung der EU-Naturschutzgesetzgebung („NatureAlert“) - vor. Doch die EU-Kommission verschob den Termin und erschwerte den Verbänden die Vorbereitung, indem sie die zur Bewertung bzw. Beurteilung notwendigen Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme 2015 bis 2021 erst reichlich verspätet der Öffentlichkeit vorlegte. Auch die Ende September 2018 in Wien abgehaltene Europäische Wasserkonferenz ergab keinerlei Hinweise darauf, ob die EU-Kommission den Erhalt oder eine Schwächung der WRRL vorschlagen würde.

Im Mittelpunkt der Kritik von Umwelt- und Naturschutzverbänden steht das Prinzip der Freiwilligkeit, das Ursache dafür ist, dass es in der ersten Umsetzungsperiode von 2009 bis 2015 zu keinerlei signifikanten Verbesserungen kam. Auch in der zweiten, laufenden Periode wurde dieses Prinzip entgegen erneuter Ermahnungen durch die Kommission beibehalten. Dies erfüllt, nicht nur meiner Meinung nach, den Tatbestand einer absichtlich herbeigeführten Zielverfehlung, dem Beschwerden der Verbände sowie Vertragsverletzungsverfahren durch die Kommission folgen sollten – wie bereits bei der Nitrat-Richtlinie geschehen.

Zu Beginn des Jahres 2019 beteiligte sich deshalb der DNR zusammen mit vielen NGOs an der europaweiten Online-Befragung zur Rettung der Wasserrahmenrichtlinie. 375.386 Einzelpersonen, fast 50% davon aus Deutschland, stimmten für deren Erhalt und forderten so eine Richtlinien-konforme Umsetzung der EU-Gesetzgebung.

Bereits im April 2018 hatten die deutschen Naturschutz- und Umweltverbände ein Eckpunktepapier vorgelegt, um ihre Position zu untermauern. Eine zentrale Forderung: Spätestens im 3. Bewirtschaftungszyklus (2021-2027) muss in jedem Bewirtschaftungsplan festgeschrieben sein, mit welchen Maßnahmen das jeweilige Gewässer bis 2027 einen guten ökologischen Zustand erreichen kann. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass für alle Gewässer Eingriffe untersagt werden, die den guten ökologischen Zustand noch nicht erreicht haben.

Eine Fristverlängerung zur Erreichung der Ziele nach 2027 lehnen die Umweltverbände ab. Zugleich warnen die Verbände vor einer Abschwächung oder gar Aushebelung der Richtlinie durch Industrielobbyisten und säumige EU-Mitgliedstaaten.

Noch ist nicht klar, ob die neue EU-Kommission und Kommissionspräsidentin den ökologischen Belangen nicht nur wie versprochen, sondern auch in Taten einen hohen Stellenwert einräumen wird. Dem Erhalt unserer Ökosysteme und zuvorderst der wichtigsten Ressource - unserem Wasser - muss in allen EU-relevanten Politikfeldern, z.B. bei der Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik, höchste Priorität eingeräumt werden.

AUF EIN WORT MIT … ELISABETH EMMERT

DNR-PRÄSIDIUM, LÄNDLICHER RAUM, WALD UND JAGD

Was hat sich auf politischer Ebene im Bereich der Waldpolitik getan?

Der DNR hat bis 2018 das Projekt „Vertragsnaturschutz im Wald – Analyse der waldökologischen, ökonomischen und rechtlichen Optionen (WaVerNa-Projekt)“, welches im Rahmen des Programms „Nachwachsende Rohstoffe“ des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft gefördert wird, auf verschiedenen Wegen unterstützt.

Dabei gilt für den Wald, dass der Vertragsnaturschutz bislang oft an zahlreichen Vorbehalten und Schwierigkeiten scheitert. Einerseits gibt es keine klare Abgrenzung gegenüber ordnungsrechtlichen Mindeststandards. Andererseits tun sich viele Waldbesitzer immer noch schwer damit, Naturschutzmaßnahmen aktiv zu unterstützen, zumal sie naturschutzrechtliche Konsequenzen befürchten, falls sich besonders geschützte Tier- und Pflanzenarten ansiedeln. Ferner sind die Fördermöglichkeiten vielfach sehr undurchsichtig, bürokratisch und durch ihre Orientierung am Agrarsektor nicht immer zielführend. Schließlich sind die verfügbaren Mittel oft sehr begrenzt, weshalb anspruchsvolle und großräumige Maßnahmen kaum förderfähig sind.

Zur Verbesserung der Situation wären eine Vereinheitlichung der Antragstellung und eine Verringerung des Verwaltungsaufwands von großer Bedeutung. Flankierend dazu müssen die finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um attraktive Fördermaßnahmen anbieten zu können. Der Vertragsnaturschutz im Wald bietet die Chance, Naturschutz und Forstwirtschaft stärker gemeinsam voranzubringen und Waldbesitzern zusätzliche Aufgaben und Einkommensperspektiven als „Ökosystemleister“ für die Gesellschaft zu ermöglichen.

Welche Erfolge konnten aus Sicht des Naturschutzes erzielt werden?

Ein wichtiges Betätigungsfeld im Rahmen von Natur- und Artenschutz war die Rückkehr des Wolfes nach Deutschland. Dazu fand im Mai mit weiteren Verbandsvertretern im BMEL ein Gespräch mit Staatssekretär Hermann Onko Aeikens statt. Einigkeit bestand, dass man sich der Konflikte und Herausforderungen beim Umgang mit dem Wolf bewusst ist und daher gemeinsame Perspektiven für einen besseren Herdenschutz sowie für sinnvolle Präventionsmaßnahmen enorm wichtig seien. Auch ein Herdenschutzzentrum in Abstimmung mit dem BMU bzw. die Dokumentations- und

Beratungsstelle des Bundes zum Thema Wolf (DBBW) wurden seitens der Verbände als wichtiger Beitrag eines zukunftsfähigen Wolfsmanagements gesehen.

Unter Federführung des Mitgliedsverbands Deutscher Tierschutzbund wurde von weiteren Verbänden unter dem Dach des DNR ein Brief zur Erhaltung des strengen Schutzstatus des Wolfs an EU-Umweltkommissar Karmenu Vella gesandt. Auch darin wurde festgestellt, dass praktikabler Herdenschutz mit klaren Standards Priorität haben muss. Dabei brauchen Landwirte und Weidetierhalter finanzielle und fachliche Unterstützung und Beratung. In Deutschland ist nach wie vor die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung überzeugt, der Wolf solle hier leben können, auch wenn Probleme auftreten. Bisher wurde der Schutz des Wolfes auf EU-Ebene nicht gelockert.

Der DNR setzte sich auch im Rahmen der Bundestagsdebatte zum Wolfsmanagement und einer Weidetierprämie für pragmatische Lösungen ein.

Ende 2018 beschloss die EU-Kommission für die Bewahrung von Weidetieren durch Elektrozäune oder Herdenschutzhunde vor Wölfen und anderen geschützten Raubtieren eine 100prozentige Rückerstattungsmöglichkeit der Kosten. Dies gilt nicht als unzulässige staatliche Beihilfe. Ein Erfolg auch für den Artenschutz, denn Herdenschutz ist Wolfsschutz.

AUF EIN WORT MIT … GERLINDE HOFFMANN

DNR-PRÄSIDIUM, SPORT, FREIZEIT, ERHOLUNG

Was waren die Höhepunkte 2018, über die Sie berichten können?

Der 101. Deutsche Katholikentag in Münster – „Suche Frieden!“. Die Resonanz übertraf alle Erwartungen: 90.000 Besucher nahmen an über 1.000 facettenreichen Veranstaltungen im Mai teil. Da wurden kirchliche Inhalte ebenso behandelt wie zivilgesellschaftliche oder umweltpolitische Anliegen, außerdem bereicherten vielfältige kulturelle und künstlerische Darbietungen die interessanten Tage. Münster zeigte sich als hervorragender Gastgeber und erwies dem Leitwort „Suche Frieden“ alle Ehre.

Natürlich entfaltet eine solche Großveranstaltung mannigfache Umweltwirkungen. Diese weitmöglichst zu minimieren, war das Ziel des Umweltbeirates unter der Leitung von DNR-Präsidiumsmitglied Gerlinde Hoffmann. Die vielfältigen umgesetzten Maßnahmen dienen als Vorbild für andere Veranstalter aller Art, die viele Anregungen und Beispiele finden und zur Nachahmung einladen. Einen Überblick gibt die Erklärung des Umweltbeirates unter www.katholikentag.de » über uns » Katholikentag klimaneutral.

Natursport und Klimawandel: Projekt der Natursportverbände im DNR

Die Vernetzung gesellschaftlicher Gruppen bildet einen der Schwerpunkte, für die der DNR durch die heterogene Mitgliederstruktur besonders prädestiniert ist. Dazu gehört die Verbesserung der Kommunikation unter anderem durch Umweltbildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Vor diesem Hintergrund wurde das Projekt „Natursport und Klimawandel“ in Angriff genommen, auf Vorschlag und unter der Leitung von Prof. Dr. Ralph Schill, Umweltbeauftragter des Verbandes Deutscher Sporttaucher (VDST). Im Boot sind außerdem der Deutsche Alpenverein, der Kanuverband, die NaturFreunde, die Reiterliche Vereinigung und der Wanderverband.

In einem Comicbüchlein mit begleitender App sollen anhand von Naturphänomenen Beobachtungen bewusst gemacht werden. Dadurch sollen im Sinne des didaktischen Ansatzes des lebendigen Verstehens weiterwirkende Erkenntnisse und Handlungen im Bereich des Klimaschutzes angeregt werden.

Schritt für Schritt für eine bessere Welt – der ökumenische Pilgerweg für Klimagerechtigkeit geht weiter.

Nach dem eindrucksvollen Erfolg des ersten ökumenischen Pilgerwegs 2015 zum Klimagipfel der Vereinten Nationen nach Paris stand 2018 ein langer Pilgerweg auf der Agenda: 1.500 Kilometer von Bonn über Düsseldorf, Hannover, Halle, Dresden nach Berlin bis zur COP 24 nach Katowice in Polen. Am Wegesrand forderten die Aktiven in vielen Orten drängende Veränderungen ein und brachten das weltumspannende Thema dadurch den Menschen persönlich nahe. Das Ziel der Veranstalter war es, von der Basis her Druck auf die Politik zu erhöhen, um ein eindrückliches Zeichen gegen das Verfehlen der Klimaschutzziele zu setzen.

© Markus Spiske - unsplash

AUF EIN WORT MIT … HERMANN OTT

DNR-PRÄSIDIUM, ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK, INTERNATIONALE NATUR- UND UMWELTSCHUTZPOLITIK, RESSOURCENPOLITIK UND POSTWACHSTUM

Wie schätzen Sie die Entwicklung der deutschen Klimapolitik 2018–2019 ein?

Die Klimapolitik hat in den letzten ein bis zwei Jahren einen erstaunlichen Aufschwung genommen. Alle sind sich einig, dass diese Änderung hauptsächlich durch die #FridaysforFuture-Bewegung initiiert worden ist. Diese von der damals 15-jährigen Greta Thunberg in Stockholm in Gang gesetzte Initiative ist vermutlich die erste echt globale Bewegung in der menschlichen Geschichte und hat in Deutschland einen besonders fruchtbaren Nährboden gefunden. Die Streiks der Schüler*innen immer freitags brachten die Klimakrise in die Schlagzeilen und in die öffentliche Diskussion. Die Dürrekatastrophe im Sommer 2018 und der ebenfalls extrem heiße und trockene Sommer 2019 taten ein Übriges, um das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass die Ökosysteme am Kippen sind.

Die deutsche Politik reagierte langsam: Nachdem die „Kohlekommission“ (Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung) Ende Januar 2019 ihren Bericht vorgelegt hatte, tat sich zunächst sehr wenig. Die Empfehlungen dieser Kommission hatten und haben eine hohe Überzeugungskraft, weil sie unter Einbeziehung der wichtigsten gesellschaftlichen Akteure erarbeitet worden waren, unter ihnen auch die Umweltverbände Greenpeace, BUND und der DNR als Dachverband. Doch die Bundesregierung ließ auf sich warten. Im Mai legten ClientEarth und Greenpeace einen Vorschlag für ein Kohleausstiegsgesetz vor, das in der Zivilgesellschaft und Politik Wirkung entfaltete, weil es die Notwendigkeit einer schnellen, gesetzlichen und ambitionierten Umsetzung des Kohlekompromisses in den Vordergrund stellte.

Die Wende erfolgte durch die Europawahlen im Mail 2019. Schon im Wahlkampf war der Stellenwert des Umweltthemas hoch, Umfragen belegten, dass für die Wähler*innen das Klimathema am wichtigsten war – und Kern jeder Klimastrategie muss ein Kohleausstieg sein. Im Juli 2019 legte die Bundesregierung dann erste Eckpunkte eines Steinkohle-Ausstiegsgesetzes vor, im August folgte der Entwurf eines „Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen“, das im Gegenzug für den Kohleausstieg finanzielle Hilfen für die Kohleregionen vorsieht. Im Bereich der Braunkohle (Rheinisches Kohlerevier und Lausitz) werden Gespräche mit den Betreibern RWE und LEAG geführt. Allerdings ist noch nicht absehbar, ob beide Ausstiegsgesetze für Stein- und Braunkohle tatsächlich vor Jahresende noch verabschiedet werden.

Ähnlich ungewiss ist das Schicksal des Klimaschutzgesetzes. Ausweislich des Koalitionsvertrags von Ende 2017 sollte in diesem Gesetz der „Klimaschutzplan 2050“ umgesetzt werden, der in der letzten Legislaturperiode verabschiedet worden war und eine Aufteilung von Reduktionspflichten für einzelne Sektoren bedeutete. Der Entwurf des Bundesumweltministeriums sieht tatsächlich eine Verantwortlichkeit der jewiligen Minister für die Senkung der Emissionen in ihrem Sektor vor – und wurde entsprechend von mehreren Minister*innen abgelehnt. Die Bundeskanzlerin gründete ein „Klimakabinett“ mit den Ressortministerien und zog damit das Verfahren an sich. Am 20.

September 2019 sollen die Ergebnisse vorgestellt werden – und damit deutlich werden, in welchem Maße und in welcher Weise Deutschland vom Klima-Nachzügler wieder zum Vorreiter werden soll. Der DNR und seine Mitgliedsorganisationen arbeiten aktiv an einem möglichst ambitionierten Ergebnis.

Wie steht es um die Klimagerechtigkeit?

Schlecht. Die Wirkungen der Klimakrise werden immer deutlicher spürbar in allen Ecken unseres Planeten – überall die heißesten Sommer seit Beginn der Aufzeichnungen, Waldbrände in Sibirien, im Amazonasgebiet und dem Kongo, Ausbleichen der Korallenriffe, Schmelzen der Gletscher und des Nordpolareises. Die Ärmsten unseres Planeten sind als Erste betroffen. Aber die Reichen werden bald ebenso leiden, wenn man will eine Art ausgleichende Gerechtigkeit ...

AUF EIN WORT MIT … LUDWIG SOTHMANN

DNR-Präsidium, Naturschutz, Biodiversitätssicherung, Umweltbildung, Windenergie an Land, ökologischer Landbau

Was hat sich auf Veranlassung des DNR in der praktischen Verbesserung der Agrarbiodiversität getan?

Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz hat auf unsere Initiative hin ein auf drei Jahre befristetes Projekt bewilligt, das individuelle Hofberatung fördert mit dem Ziel, biodiversitätssichernde Maßnahmen in den betrieblichen Ablauf zu integrieren. Das Vorhaben bezieht sich sowohl auf traditionelle Bewirtschafter wie auf Landwirte, die nach den Vorgaben der Bioagrarverbände arbeiten. Das Beratungskonzept entspricht etwa der Bioland-Aktion „Fokus Naturtage". Umgesetzt wird das Projekt durch unseren Mitgliedsverband Deutscher Verband für Landschaftspflege (DVL).

Hat das Volksbegehren „Rettet die Bienen" Auswirkungen auf die gesamte Agrarpolitik?

Das erfolgreiche Volksbegehren „Rettet die Bienen" ist ein Meilenstein in der Entwicklung des Naturschutzes. Die Auswirkungen sind in Bayern schon jetzt massiv. Andere Bundesländer arbeiten an ähnlichen Initiativen. Im Rahmen des DNR-Verbändetreffens habe ich deshalb Folgendes dargestellt:

- → die inhaltlichen Ergebnisse des Volksbegehrens
- → Historie und Entwicklung der Schwerpunkte
- → den erheblichen finanziellen und personellen Aufwand der Träger (LBV, Die Grünen, ÖDP, Gregor Louisoder Umweltstiftung)
- → Grundlagen eines erfolgreichen Kampagnenmanagements
- → Strategien zur Mobilisierung der Mitglieder als aktive Helfer usw.

Der DNR hat die Initiative „Mehr Artenschutz auf Kirchengrund" im vergangenen Jahr gestartet. Was ist daraus geworden?

Zusammen mit der Vizepräsidentin Undine Kurth wurden die Gespräche mit den großen Kirchen fortgesetzt, um diese zu einem substanziellen Beitrag zur Biodiversitätssicherung zu bewegen. Sozusagen: Schöpfungsverantwortung konkretisieren.

Ein nicht zu unterschätzendes Problem liegt darin: Die einzelnen kirchlichen Stiftungen sind in der Regel eigenständige Rechtspersonen. Deshalb sind z. B. grundsätzliche Änderungen der Bewirtschaftung nur sehr schwer flächendeckend in einer Diözese bzw. in einer Landeskirche zu erreichen. Hilfreich wäre eine Ökologisierung der bestehenden Pachtverträge. Nach anfänglicher Euphorie sind wir derzeit bei einer Politik der kleinen Schritte, um auf diesem Weg voranzukommen.

AUF EIN WORT MIT …
LUDWIG WUCHERPFENNIG

DNR-PRÄSIDIUM, ZUSTÄNDIG FÜR TOURISMUS, VERKEHR, ÖKOLOGISCHE STADTENTWICKLUNG UND ALPENKONVENTION

Was hat sich im Bereich Alpenpolitik und Naturschutz getan?

Unsere Mitgliedsverbände NaturFreunde, Landesbund für Vogelschutz, Bund Naturschutz, Deutscher Alpenverein und und der Verein zum Schutz der Bergwelt haben gemeinsam für den Erhalt des Alpenplans gekämpft. In 2018 hat das Engagement Früchte getragen. Denn die Alpenplanänderung am Riedberger Horn (Herausnahme von Flächen der Zone C für die geplante Skierschließung) wird von der Bayerischen Staatsregierung rückgängig gemacht.

Wegweisend ist auch ein Gerichtsurteil in Tirol zur Skigebietsverbindung St. Anton – Kappl. „Das Vorhaben hat schwerwiegende Eingriffe in den Naturhaushalt des Malfontals zur Folge. Diese negativen Auswirkungen und Interessen des Naturschutzes überwiegen die touristischen Interessen“, so begründet das österreichische Bundesverwaltungsgericht sein Urteil. Damit wurde dem geplanten Zusammenschluss zwischen Rendl (St. Anton) und Kappl im Paznauntal die Genehmigung entzogen und das Malfontal bleibt seilbahnfrei. Das ist ein historischer Erfolg im Bestreben, den Ausbau der Skigebiete zu begrenzen.

Welche Erfolge sehen Sie bei Vereinbarkeit von Naturschutz und Freizeitnutzung?

In 2018 war vor allem das Mountainbiken ein viel diskutiertes Thema in den bayerischen Alpen, aber auch darüber hinaus. Dabei kommt es zunehmend zu Spannungen zwischen Grundbesitzerinnen, Mountainbikern und Wanderinnen. Der Deutsche Alpenverein will dieses Problem nachhaltig lösen. Die Notwendigkeit einer gemeinsamen Strategie hat auch das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz erkannt und fördert den DAV für das Projekt „Bergsport Mountainbike – nachhaltig in die Zukunft“ in den nächsten drei Jahren. In zwei Pilotregionen werden nun modellhaft Mountainbike-Konzeptionen erarbeitet, umgesetzt und evaluiert.

Im Zuge des Projekts fand im Dezember das DAV Mountainbike-Fachsymposium in Benediktbeuern statt. Fragestellungen rund um Einflüsse auf Natur und Umwelt, rechtliche Gegebenheiten, Bildsprache oder auch die Frage, ob die Zukunft elektrisch ist, beschäftigten die über 200 Teilnehmer.

Welche Entwicklungen gibt es im Bereich eines nachhaltigen Alpentourismus?

Das Netzwerk der „Bergsteigerdörfer“ wächst, und damit auch die Idee der Vereinbarkeit von Tourismus mit Natur- und Klimaschutz. Im Juli 2018 wurde das vierte Bergsteigerdorf in Deutschland aufgenommen: Kreuth im Herzen des Mangfallgebirges. Und auch international tut sich so einiges. Mittlerweile sind fünf Verbände im Projekt vereint: DAV, Österreichischer Alpenverein, Alpenverein

Südtirol, Club Alpino Italiano und Slowenischer Alpenverein. 28 Bergsteigerdörfer wurden bereits mit dem Siegel ausgezeichnet (www.bergsteigerdoefer.org).

Eine große Herausforderung bleibt der Wandel von Skigebieten zu Regionen mit einem nachhaltigen Ganzjahrestourismus. Viele Bergbahnen setzen auf Erlebnisinstallationen für die schneefreie Zeit. Auch der Ausbau der Beschneiungsanlagen schreitet weiter voran.

© Inga Nielsen - AdobeStock

DNR-TRÄGERSCHAFT:

FORUM UMWELT UND ENTWICKLUNG

„Everybody's darling is nobody's darling."

– Jürgen Maier

DAS VORHABEN IM INTERNET:

www.forumue.de

TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Jürgen Maier	László Máraz
Anne Bundschuh	Marie-Luise Abshagen
Christian Schwarzer	Marijana Todorovic
Elisabeth Staudt	Nelly Grotefendt
Josephine Koch	Ramona Bruck

Das Forum Umwelt und Entwicklung (FUE), gegründet 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio, hat 41 Mitgliedsorganisationen und koordiniert die Arbeit deutscher Nichtregierungsorganisationen an der Schnittstelle von Umwelt und Entwicklung sowie Nachhaltigkeit. Dafür gibt es acht Arbeitsgruppen und verschiedene Projektinitiativen. Beim Forum sind ebenfalls die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ und das Netzwerk Gerechter Welthandel angesiedelt. Der DNR ist Rechtsträger des Forums. Viermal im Jahr erscheint der Rundbrief des Forums. Schwerpunktthemen im Jahr 2018 waren Bioökonomie, Ungleichheit, „Schöne Neue Welt“ und Flüsse.

SCHÖNE NEUE WELT – EIN BLICK INS JAHR 2048

Die Konferenz „Schöne Neue Welt“ am 8./9. November war das Highlight der Arbeit in 2018. Genau wie in den berühmten literarischen Vorlagen von Aldous Huxleys „Schöne Neue Welt“ und George Orwells »1984« ermöglichte die Konferenz durch einen Sprung in die Zukunft eine kritische Reflektion sowohl unserer aktuellen gesellschaftlichen Lage als auch der großen Trendwenden und Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte. Eine virtuelle Zeitreise ins Jahr 2048 zeigte anhand eines Plans A und eines Plans B auf, warum es zu der einen oder der anderen Entwicklung kam und was wir richtig oder falsch gemacht haben. Mit vielen Kulturelementen von Videoinstallation über Theater bis Poetry Slam wurde diese innovative Inszenierung umgesetzt.

© Stephanie von Becker

NACHHALTIGKEITSZIELE/2030-AGENDA

Zuständig: Marie-Luise Abshagen, Elisabeth Staudt

Die UN-Nachhaltigkeitsziele und ihre nationale Umsetzung sind ein Schwerpunktthema des Forums. Wir koordinieren die NGO-Arbeit in Deutschland dazu weit über die Mitgliedschaft des FUE und des DNR hinaus. Zahlreiche interne und öffentliche Veranstaltungen sowie Lobby- und Konsultationstermine mit Bundeskanzleramt, Ministerien und Abgeordneten des Deutschen Bundestags wurden organisiert. Hervorzuheben sind als Kooperationsprojekte die Konferenzen „Mehr Mut zu Multilateralismus“ und „Eine nachhaltige und lebenswerte Zukunft für alle schaffen – Auf dem Land und in der Stadt“.

Hinzu kamen eine Reihe von Publikationen sowohl für Fachpublikum als auch für die breite Öffentlichkeit; besonders zu erwähnen ist der Bericht „So geht Nachhaltigkeit! – Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda“.

Die internationale Vernetzung bleibt für die Arbeit zentral. Als Mitglied im Steuerungskreis sind wir intensiv beteiligt am zivilgesellschaftlichen Netzwerk „SDG Watch Europe“.

HANDELSPOLITIK SOWIE INITIATIVE KONZERNMACHT BESCHRÄNKEN

Zuständig: Nelly Grotefendt. AG-Koordination: Tobias Reichert (Germanwatch)

Schwerpunkt waren aktuelle Fragen zu E-Commerce, Datenhandel und Regulatorischen Kooperationen. Hinzu kamen die Veranstaltungsreihe „Zivilgesellschaftliches Außenwirtschaftsforum“ sowie die Aktivitäten im Rahmen des Europäischen Netzwerkes/S2B zu der Kampagne gegen Konzernklagerechte, der sogenannten Investor-Staat-Streitbeilegung. Als Teil des Leitungsgremiums haben wir die Vorbereitung der europaweiten Kampagne bis zum Start beim Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar 2019 begleitet. Außerdem waren wir Initiatoren der NGO-Initiative „Konzernmacht beschränken“, die anlässlich der Megafusion von Bayer und Monsanto das Thema Wettbewerbsrecht und Fusionskontrolle aufgriff und es mit einer Webseite und diversen Veranstaltungen und Publikationen stärker auch zum Thema der deutschen Zivilgesellschaft gemacht hat.

NETZWERK GERECHTER WELTHANDEL

Zuständig: Anne Bundschuh

Das Netzwerk Gerechter Welthandel ist das Nachfolgebündnis der diversen Bündnisse gegen TTIP mit aktuell 56 Mitgliedsorganisationen. Die Koordinationsstelle ist beim FUE angesiedelt. Neben regelmäßigen Netzwerktreffen, Telefonkonferenzen, Fachgesprächen und Webinaren fand im Juni auch eine Strategie- und Aktionskonferenz in Frankfurt statt. NGO-Positionspapiere, offene Briefe sowie Lobbytreffen mit Abgeordneten des Deutschen Bundestags und des Europäischen Parlaments gehören ebenfalls zur Arbeit des Netzwerks. Dabei lag der Fokus auf den EU-Freihandelsabkommen mit Japan, Kanada, Singapur und Vietnam sowie auf Aktivitäten im Kontext

der Landtagswahlen in Bayern und Hessen. An dem bundesweiten CETA-Aktionstag, zu dem das Netzwerk Gerechter Welthandel aufgerufen hatte, beteiligten sich 40 lokale Bündnisse. Ab November war der Schwerpunkt des Netzwerks die europaweite Kampagne „Menschenrechte schützen – Konzernklagen stoppen!“.

Webseite des Netzwerks: www.gerechter-welthandel.org

ROHSTOFFPOLITIK

Zuständig: Josephine Koch

Das FUE hatte auch 2018 einen Sitz in der deutschen „Multistakeholder-Gruppe“ der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI). Diese internationale Initiative verbessert die Transparenz über Finanzflüsse im Rohstoffsektor. Wir haben gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Mitgliedern die Debatte intensiv begleitet und neue Themen wie Recycling, Kompensationsregelungen im Naturschutzrecht, Tiefseebergbau, Sozialstandards, Rückstellungen und Verbrauchsteuern eingebracht. Nach der Fertigstellung und Beschlussfassung des ersten deutschen Berichts war eine zentrale Frage des deutschen EITI-Prozesses die Validierung dieses Berichts durch das internationale Sekretariat.

Als Mitglied des Koordinationskreises des AK Rohstoffe wurde das Thema Rohstoffwende und das Positionspapier zur anstehenden Novellierung der Rohstoffstrategie durch die Bundesregierung begleitet. Im Namen von 25 Organisationen wurde dies an verschiedene Ministerien verschickt.

DIALOGPLATTFORM WALD UND AG WÄLDER

Zuständig und AG-Koordination: Laszló Maráz

Die Dialogplattform Wald ermöglicht einen konstruktiven Dialog zwischen allen Akteuren der nationalen und internationalen Waldpolitik. Sie setzt sich zusammen aus Akteur*innen aus Verbänden, Wirtschaft und Politik, um gemeinsam Nutzungskonzepte zum Schutz der biologischen Vielfalt und des Klimas voranzubringen. Das Projekt wurde fortgeführt mit einer Unterbrechung von Mai bis Juli, was der verspäteten Verabschiedung des Bundeshaushalts geschuldet war. In drei Workshops wurden die Themen Wälder in der Entwicklungszusammenarbeit, Klimaschutz im Wald, Holzverbrauch und das dringende Thema Baumplantagenbrände im heißen Sommer behandelt. Veranstaltet wurden drei Workshops sowie Medienarbeit zu verschiedenen waldpolitischen Themen (Wald in der Entwicklungszusammenarbeit, REDD/Klimaschutz, Holzverbrauch, Baumplantagenbrände im heißen Sommer u. v. m.).

BIOÖKONOMIE

Zuständig: Josephine Koch, Laszló Maráz

Das auf zwei Jahre angelegte Projekt „Zivilgesellschaftliches Aktionsforum Bioökonomie“ wird gemeinsam mit dem Denkhaus Bremen durchgeführt. Es soll Fachexpertise aufbauen und die Vernetzung innerhalb der Umwelt- und Entwicklungsverbände stärken. Mit Positionspapieren und Stellungnahmen werden laufende politische Prozesse inhaltlich begleitet. Zum Berliner Bioökonomie-Weltgipfel wurde den Initiatoren des Gipfels der offene Fragenkatalog „10 Fragen zum Bioökonomiegipfel: Zukunftsvision oder verschärfte Naturausbeutung?“ vorgelegt.

DIGITALISIERUNG

Am 29. Mai fand der zweite zivilgesellschaftliche Workshop zu Digitalisierung statt, bei dem Expert*innen Einblicke in die zentralen Diskussionsfelder Algorithmen, Menschenrechte und Digitalunternehmen sowie International Internet Governance gaben. Auf der Onlinediskussionsplattform www.sustainable-digitalization.net bringen Vertreter*innen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft ihre Standpunkte zu wichtigen Themenfeldern von Digitalisierung und Nachhaltigkeit ein.

DNR-TRÄGERSCHAFT:

KAMPAGNE MEINE LANDWIRTSCHAFT/ WIR HABEN ES SATT!

„Nicht nur beim Schach wird der Bauer geopfert, damit die Großen höhere Sprünge machen können“

– Banner an einem der 160 Traktoren bei der Wir haben es satt!-Demo

DAS VORHABEN IM INTERNET:

www.wir-haben-es-satt.de

TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Nicola Arnold
Jochen Fritz
Verena Günther
Regine Holloh
Johannes Kiefl
Katrin Listemann
Chriz Lugk
Saskia Richartz
Christian Rollmann

Die Kampagne Meine Landwirtschaft ist ein breiter Zusammenschluss von rund 50 Organisationen aus Landwirtschaft und Zivilgesellschaft unter Rechtsträgerschaft des DNR. Gemeinsames Anliegen ist der Einsatz für eine Landwirtschaft, in der Tiere artgerecht gehalten werden, Umwelt und Klima geschützt werden und Bäuerinnen und Bauern von ihren Erzeugnissen gut leben können.

Die Kampagne und die „Wir haben es satt!"-Bewegung haben auch im achten Jahr bewiesen, dass die Themen Landwirtschaft, Ernährung, Umwelt- und Klimaschutz ein breites gesellschaftliches Publikum angehen. Mit über 33.000 Menschen bei der Demo im Januar 2018 wurden die Erwartungen der Veranstalter weit übertroffen. Der Unmut über die Entscheidungen des Landwirtschaftsministeriums und die weiteren Diskussionen zum Thema Glyphosat bewegten viele Teilnehmer*innen. Auch international wurde auf das Großereignis in Berlin geschaut. So trafen sich einen Tag nach der Demonstration rund dreißig Vertreter*innen aus acht europäischen Ländern und gaben den Anstoß für grenzübergreifende Kooperationen und Aktionen für eine europaweite Agrarwende unter dem Banner „Good Food Good Farming".

Nach acht Jahren erfolgreicher Kampagnenleitung übergab Jochen Fritz im August 2018 den Staffelstab an Saskia Richartz, die 16 Jahre Kampagnenerfahrung aus Brüssel mitbringt. Jochen Fritz baute die Kampagne maßgeblich mit auf und ist somit auch für den Erfolg der „Wir haben es satt!"-Demonstrationen verantwortlich.

DER AGRARINDUSTRIE DIE STIRN BIETEN!

Am 20. Januar 2018 boten rund 33.000 Demonstrant*innen, angeführt von rund 160 Traktoren aus dem gesamten Bundesgebiet, in Berlin der Agrarindustrie erneut die Stirn. Das Demonstrationsbündnis rief SPD und Union auf, endlich die Blockadehaltung in der Agrarpolitik aufzugeben und in einem ersten Schritt Glyphosat zu verbieten. Sie forderten zudem den überfälligen Umbau der Tierhaltung, damit Schweine wieder Tageslicht sehen und Kühe auf die Weiden kommen.

Mit einem ohrenbetäubenden Kochtopf-Konzert zogen die Demonstrantinnen und Demonstranten dann vor die Tore des internationalen Agrarministergipfels im Bundeswirtschaftsministerium, um für die Achtung der Menschenrechte, faire Handelsbedingungen und mehr Unterstützung für die ländliche Bevölkerung weltweit zu protestieren. Auch die Schnippeldisko am Vorabend und der „Supp'n Talk" nach der Demo waren wieder gut besuchte Keimzellen für agrarpolitisches Netzwerken und Aktionen.

© Fabian Weiber

© Fabian Weiber

„ÄHRENSACHE“ – PROTESTE GEGEN BAYER-MONSANTO-FUSION

Am 25. Mai kam es wieder zu Protesten gegen die Megafusion von Bayer und Monsanto. Rund 200 Teilnehmer*innen traten vor der Aktionärsversammlung der Bayer AG in Bonn gegen die immer größer werdende Konzernmacht im Agrarsektor ein. Die Kampagne Meine Landwirtschaft und Mitglieder des „Wir haben es satt!“-Bündnisses forderten vor Ort eine bäuerliche, gentechnikfreie Landwirtschaft und die Vielfalt des Saatguts. Auch Bäuerinnen und Bauern begleiteten die Proteste mit ihren Traktoren unter dem Motto „Ährensache ohne Bayer“. Unsere überdimensionale „Pac-Man“-Figur in Form einer Bayer-Tablette war wieder ein begehrter Blickfang für die Presse.

GOOD FOOD GOOD FARMING – DAMPF MACHEN FÜR EU-AGRARREFORMEN

Angespornt durch den großen Erfolg der Demo im Januar formierte sich im Frühjahr das „Good Food Good Farming“-Bündnis mit dem Ziel, ähnliche Allianzen in anderen EU-Staaten aufzubauen und somit den Druck auf die Politik europaweit zu verschärfen. Im Oktober beteiligten sich Tausende an rund 70 Aktionen in 19 europäischen Ländern. Am Brandenburger Tor folgten rund 1.000 Demonstrant*innen unserem Aufruf und machten der Bundesregierung „Dampf“ für eine bienenfreundliche Landwirtschaft. Im November überreichten wir gemeinsam mit Kolleg*innen aus rund zehn Ländern dem EU-Agraministerrat mehr als 140.000 Unterschriften für eine umwelt-, sozial- und tiergerechte EU-Agrarreform. Um den Erfahrungsaustausch und eine enge Abstimmung zu unterstützen, ist die Kampagne Meine Landwirtschaft in der Steuergruppe des neuen Bündnisses vertreten und beherbergt seit April die europäische Koordinationsstelle.

VORSTELLUNG:

NEUE MITGLIEDER

STIFTUNG NATURLANDSCHAFTEN BRANDENBURG – DIE WILDNISSTIFTUNG

Da der Boden die Grundlage allen Lebens auf der Erde ist, müssen Nutzung und Nachhaltigkeit wie auch Ökonomie und Ökologie Hand in Hand gehen.

Die Stiftung Naturlandschaften Brandenburg engagiert sich als „Die Wildnisstiftung“ seit ihrer Gründung im Jahr 2000 mit eigenen Flächen und Expertise für Wildnisgebiete und deren Vernetzung. Sie ist eine der größten privaten Eigentümer*innen von Wildnisgebieten in Deutschland.

Stifter sind das Land Brandenburg, die Zoologische Gesellschaft Frankfurt, der Naturschutzbund Deutschland (NABU), die Umweltstiftung WWF Deutschland, die Gregor Louisoder Umweltstiftung, der Landschafts-Förderverein Nuthe-Nieplitz-Niederung e. V. und eine Privatperson.

Die private Stiftung Naturlandschaften Brandenburg besitzt und verwaltet auf den ehemaligen Truppenübungsplätzen Jüterbog, Heidehof, Lieberose und Tangersdorf Flächen im Umfang von rund 13.600 Hektar. So sichert sie einige der letzten großräumig unzerschnittenen Flächen in Deutschland dauerhaft für den Naturschutz und bietet wertvolle Lebensräume für eine große Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten.

Auf dem größtmöglichen Teil der Stiftungsflächen laufen natürliche Prozesse eigendynamisch und ohne Eingriffe ab. Damit leistet die Stiftung einen Beitrag zur Erfüllung der Wildnisziele der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt. Die Stiftung setzt sich für die ökologische Vernetzung ihrer Wildnisgebiete als Kernflächen für einen transeuropäischen Biotopverbund ein und macht sie durch Wanderwege und geführte Exkursionen erlebbar.

KONTAKT:
Stiftung Naturlandschaften Brandenburg
Schulstraße 6
14482 Potsdam
Deutschland

TELEFON:
0331 / 7409322

E-MAIL:
info@stiftung-nlb.de

ONLINE:
www.stiftung-nlb.de/de

VEREINIGUNG DER FREIZEITREITER UND -FAHRER IN DEUTSCHLAND E.V. (VFD)

Die VFD ist die größte Interessenvereinigung für Freizeitreiter und Freizeitfahrer mit rund 70.000 Mitgliedern. Sie wurde 1973 zur Abwendung des Reitverbotes in Deutschlands Wäldern gegründet.

Die VFD-Philosophie: Pferdegerechte und naturnahe Haltungsbedingungen und eine naturgemäße und bewusste Weidewirtschaft tragen nicht nur zu Wohlbefinden und Gesundheit der Pferde bei, sondern bewahren und fördern auch die Artenvielfalt.

Das Wohlbefinden der Pferde und ein respektvoller und wertschätzender Umgang mit dem Tier sind in der VFD oberstes Gebot. Um diese hohen Ansprüche zu sichern, steht der VFD seit 2016 der unabhängige Fachbeirat Ethik und Tierschutz mit anerkannten Wissenschaftlern und Fachleuten zur Seite.

KONTAKT:
Vereinigung der Freizeitreiter
und -fahrer in Deutschland e.V.
Grenzstraße 23
27239 Twistringen
Deutschland

TELEFON:
04243 / 942404
E-MAIL:
bundesgeschaeftsstelle@vfdnet.de
ONLINE:
www.vfdnet.de

© gzukrig - pixabay

FOKUS:

STRUKTUREN & ZAHLEN

„Die Buchhaltung ist eine der schönsten Erfindungen des menschlichen Geistes.“

– Frei nach Johann Wolfgang von Goethe (1749-1832)

ORGANIGRAMM DEUTSCHER NATURSCHUTZRING

Mitgliederversammlung

Präsidium

Vorstand

Prof. Dr. Kai Niebert
Präsident

Leif Miller
Vizepräsident

Undine Kurth
Vizepräsidentin

Sebastian Schönauer
Schatzmeister

Beisitzer

Dr. Elke Baranek

Elisabeth Emmert

Gerlinde Hoffmann

Prof. Dr. Hermann Ott

Ludwig Sothmann

Ludwig Wucherpfennig

Jan Sachse
Vertreter der Jugendverbände

Forum Umwelt und Entwicklung

Leitungskreis

4 Umweltvertreter*innen

5 Entwicklungsvertreter*innen

Sebastian Schönauer
Vertreter des DNR

Geschäftsstelle

Geschäftsführung

Florian Schöne
Generalsekretär

Helga Inden-Heinrich
Geschäftsführerin

Referentin des Präsidenten

Anna Geuchen

Referentin der Geschäfts-führung

Maria Bossmann

Bürosach-bearbeiterin

Anke Draheim
Ricarda Kandert

Mitarbeiterin Organisation und Personal

Sonja Michaelis

Buchhaltung

Aroti Briand
Sandra Punger
Susanne Stang

Natur- und Tierschutz, Landwirtschaft

Ilka Dege

Lavinia Roveran

EU-Politik

Bjela Vossen

Elena Hofmann
Mateja Kahmann
Katrin Meyer
Antje Mensen
(Elternzeit)

Gesellschaftspolitik

Tobias Pforte-von Randow

Theresa Klostermeyer
Chris Hermani

Presse & Kommunikation

Nina Slattery

Marion Busch
Juliane Grüning
Ann Wehmeyer
Konstantin Hartwig

Projektstelle

Jürgen Maier
Projektstellenleiter

Kampagne Meine Landwirtschaft

Saskia Richartz
Projektstellenleiterin

Stand: Dezember 2018

FINANZIERUNG DER DNR-PROJEKTE

Zuwendungsgeber	Projekt	Einnahmen in €	Ausgaben in €
BfN	Naturschutzoffensive	29.690,00	34.987,39
UBA	EU – quo vadis?	41.800,00	58.593,29
UBA	Rohstoffpolitik 2.0	48.350,00	48.744,28
Zwischensumme		119.840,00	142.324,96

Zuwendungsgeber	Zuwendung Dritter	Einnahmen in €	Ausgaben in €
BBN e.V.	DNT 2018 Junges Forum	19.000,00	18.313,35
ECF	European Climate Foundation	22.500,00	24.968,35
DBU	Regionalentwicklung Oder	40.000,00	84.497,10
DBU	Digitalisierungskonferenz »Bits & Bäume«	29.000,00	85.694,97
Zwischensumme		110.500,00	213.473,77
Gesamtsumme		**230.340,00**	**355.798,73**

EINNAHMEN

Institutioneller Haushalt	Einnahmen in €
Veröffentlichungen	18.200,00
Vermischte Einnahmen	24.402,68
Zweckfreie Spenden	211,13
Zweckgebundene Spenden	2.465,00
Übertrag aus Einnahmen zweckgebundener Spenden	-9.000,00
Zuwendung des BMU	1.536.700,00
Erstattungen aus Verwaltungsausgaben	91.193,75

AUSGABEN

Institutioneller Haushalt	Ausgaben in €
Ehrenamt	6.000,00
Personal	926.938,79
Verwaltungs- und Geschäftsbedarf	125.373,80
Mieten und Pachten	171.698,32
Aus- und Weiterbildung	15.096,99
Reisekosten	46.496,88
Aufträge an Dritte	115.291,81

EINNAHMEN

Institutioneller Haushalt	Einnahmen in €
Mitgliedsbeiträge	176.800,00
Geldbußen	0,00
Summe	**1.849.972,56**

Projekte	Einnahmen in €
Zuwendung des Bundes	119.840,00
Zuwendung Dritter	110.500,00
Summe	**230.340,00**

Forum Umwelt & Entwicklung	Einnahmen in €
Veröffentlichungen	500,00
Zuwendungen des BMU	314.300,00
Mitgliedsbeiträge	45.000,00
Zuwendung des Bundes für Projekte	208.289,32
Zuwendung Dritter	863.281,97
Summe	**1.431.371,29**

AUSGABEN

Institutioneller Haushalt	Ausgaben in €
Veranstaltungen	89.442,80
Beiträge Vereine, Gesellschaften	1.925,00
Beiträge internationale Organisationen	5.480,82
Vermischte Verwaltungsausgaben	11.368,04
Außergewöhnlicher Aufwand	6.202,88
Veröffentlichungen	159.576,60
Summe	**1.680.892,73**

Projekte	Ausgaben in €
Projekte des Bundes	142.324,96
Projekte Dritter	213.473,67
Summe	**355.798,63**

Forum Umwelt & Entwicklung	Ausgaben in €
Personal	277.662,66
Verwaltungs- und Geschäftsbedarf	18.736,25
Mieten und Pachten	14.333,65
Reisekosten	10.219,47
Veranstaltungen	12.951,99
Veröffentlichungen	24.084,92
Vermischte Verwaltungsausgaben	1.811,05
Projekte des Bundes	222.324,52
Projekte Dritter	842.486,89
Summe	**1.424.611,40**

MITGLIEDSCHAFTEN UND GREMIEN:

DNR-MITGLIEDSCHAFTEN

DNR-MITGLIEDSCHAFTEN
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
Climate Action Network (CAN)
Europäische Bewegung Deutschland (EBD)
Europäische Vereinigung für Normung der Umweltverbände (ECOS)
Europäisches Umweltbüro (EEB), Brüssel
Focal Point International Union for Conservation of Nature (IUCN) Deutschland
Green Budget Europe
Verein grüner Strom, Label e.V.
Verein Ökologischer Tourismus in Europa (Ö.T.E.)

MITARBEIT DES DNR IN GREMIEN

DNR-GREMIEN
AID-Mitgliederversammlung
Arbeitskreis »Religionen und Naturschutz«
Beirat Alnatura-Initiative „Gemeinsam Boden gut machen“
Beirat der Bundesstelle für Energieeffizienz (BfEE)
Beirat der Stiftung Naturschutzgeschichte
Beirat des Nationalparks Berchtesgadener Land
Beirat interkulturelles Bündnis für Nachhaltigkeit
Beirat Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende (KNE)

DNR-GREMIEN

Beirat "Umwelt und Sport" beim BMU

Bundesplattform Wald – Sport, Erholung, Gesundheit (WaSEG)

Deutscher Naturschutztag (DNT)

DIN-Normenausschuss Bauwesen (NABau)

- NABau NA 005-01-31 AA Nachhaltiges Bauen
- CEN TC 350 (Mitarbeit im TC, TF(RD), WG3
- CEN/TC 350/JWG
- DIN-KU-Fachbeirat
- NAGUS NA 172-00-03 AA
- Ökobilanzen u. umweltbezogene Kennzeichnung
- ISO/TC 207/SC 3 , 26/30.1., Berlin

DIN-Normenausschuss Grundlagen des Umweltschutzes (NAGUS)

Europäischer Sozialfonds

Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR)

Fachagentur Windenergie an Land

Fachbeirat Eco-Management and Audit Scheme (EMAS) bei der KPMG Cert GmbH

Fachbeirat NNE-Bundeslösung bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA)
seit Oktober 2018 Naturerbe-Rat bei der BImA

Grüner Kreis/Jugendforum

Interreg B

Bund

- Deutscher Ausschuss Alpenregion
- Deutscher Ausschuss Donau

Jury Bundeswettbewerb Ökologischer Landbau

Jury UN-Dekade Biologische Vielfalt in Deutschland

Kommission für Anlagensicherheit (KAS)

DNR-GREMIEN

Koordinierungsbüro Normungsarbeit der Umweltverbände (KNU)
Kuratorium der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU)
Leitungskreis Projektstelle Forum Umwelt und Entwicklung (FUE)
Nationales Begleitgremium (NBG)
Nationale Verbindungsstelle für Naturschutz (Naturopa) beim Europarat
Sprecherrat des Bündnisses für Gemeinnützigkeit
Steuerungsgruppe Deutscher Engagementpreis
Umweltgutachterausschuss (UGA)
Umweltkommission des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB)
Zivilgesellschaftliche Plattform Forschungswende

IMPRESSUM

DEUTSCHER NATURSCHUTZRING – JAHRESBERICHT 2018

HERAUSGEBER

Deutscher Naturschutzring (DNR)
Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen e.V.

ADRESSE

Marienstraße 19-20
10117 Berlin

TELEFON

+49 (0)30 / 678 1775-70

E-MAIL

info@dnr.de

ONLINE

www.dnr.de

REDAKTION UND BEARBEITUNG

Helga Inden-Heinrich
Florian Schöne
Karen Thormeyer
Kai Niebert
Nina Slattery
Maria Bossmann
Aroti Briand
Ramona Bruck
Anna Geuchen
Konstantin Hartwig
Theresa Klostermeyer
Christian Rollmann
Tobias Pforte-von Randow
Ilka Dege
Bjela Vossen

GESTALTUNG

Karo3, Kommunikationsagentur
für Design und Programmierung

UMWELTFREUNDLICH GEDRUCKT:

Klimaneutral produziert mit Biodruck-
farben und FSC-Mix-Papier

FÖRDERHINWEIS

Gefördert durch das Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU).

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

BfN Bundesamt für Naturschutz

GRÜNDUNG	MITGLIEDER	REICHWEITE
1950	90	11 Millionen Menschen

GEMEINSAMES ZIEL

Natur- und Lebensräume schützen, Schönheit der Landschaft und Ressourcen unseres Planeten bewahren.

Schwerpunkt 01

UNSER NATURVERSTÄNDNIS

Für den DNR ist Natur sowohl physische Lebensgrundlage als auch entscheidend für ein sinnerfülltes Leben des Menschen. Erst die unmittelbare Erlebbarkeit von Natur und Landschaften bietet einen emotionalen Zugang zu ihr. Neben der Erhaltung der biologischen Vielfalt muss daher der Schutz der Landschaften wieder ins Zentrum des Naturschutzes gerückt werden.

Schwerpunkt 02

NACHHALTIGKEIT

Damit die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten werden können und die heutige Gesellschaft nicht auf Kosten zukünftiger Generationen lebt, sind Entscheidungen auf allen politischen Ebenen auf der Grundlage von Nachhaltigkeitsanforderungen, die sich an den Zielen der Biodiversitätserhaltung orientieren, zu treffen. Hierfür müssen für die jeweiligen Bereiche anspruchsvolle Standards als Orientierung für verantwortungsbewusstes Handeln entwickelt werden. Der DNR gestaltet mit seinen Mitgliedsorganisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren diesen Prozess mit.

Schwerpunkt 03

GESELLSCHAFTLICHER UMBAU

Das heutige Finanz- und Wirtschaftssystem stößt an seine Grenzen. Notwendig ist die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hin zu einer nachhaltigen Entwicklung, verbunden mit weniger Konsum in den Industriegesellschaften, einer entsprechenden Regulierung der Finanzmärkte sowie einer ökologischen Finanzreform. Darüber hinaus setzt sich der DNR für die Einführung eines nationalen eines Wohlfahrtsindex als eines bewertenden Maßstabs als bewertender Maßstab für gesellschaftliche und politische Entscheidungen zur Ergänzung des Bruttoinlandsprodukts ein. Er strebt eine Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen im Sinne eines an unseren Nachhaltigkeitsanforderungen orientierten Wettbewerbsrechts an.

DNR-MITGLIEDER 2018

Stiftung Naturlandschaften Brandenburg – Die Wildnisstiftung
ARA
B.A.U.M.
BBN – Bundesverband Beruflicher Naturschutz e.V.
bdla – Bund Deutscher Landschaftsarchitekten
BUND Naturschutz in Bayern e.V.
Verein Jordsand
BVF – Bundesvereinigung gegen Fluglärm e.V.
Vogelschutzkomitee e.V.
Schweisfurth Stiftung
Deutsche Umweltstiftung
Bewegt Politik – campact!
demeter
Wandern Wald Gesundheit – WMS
Bundesverband Boden
Deutscher Berufsimkerbund – Imkerbund
FÖAG
Deutscher Wanderverband
ECOLAND
Verband Deutscher Höhlen- und Karstforscher
Zentrum für Umwelt und Kultur Benediktbeuern
DKV – Deutscher Kanu-Verband
Erholungsflächenverein
Gäa e.V. Ökologischer Landbau
LNV – Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg e.V.
LNU NRW
Deutscher Tierschutzbund
TEMA – Stiftung für den Naturschutz
Naturparke Deutschland
Loki Schmidt Stiftung – Naturschutz mit Hand und Herz.
Mellifera e.V.
NABU
NaturGarten e.V.
Naturland
SÖL
WWF
GNOR
Succow Stiftung
DVL – Deutscher Verband für Landschaftspflege
Zoologische Gesellschaft Frankfurt
ANU – Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Bundesverband e.V.
euronatur
bfub – Bundesverband für Umweltberatung e.V.
Europarc Deutschland
Nationale Naturlandschaften
UVP
Bioland
Verein der Nationalpark-Freunde e.V.
Robin Wood
SDW
LNV – Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein e.V.
NaturFreunde Deutschlands
Naturschutzgesellschaft Schutzstation Wattenmeer e.V.
Naturstiftung David – Die Stiftung des BUND Thüringen
NWVS – Naturwissenschaftlicher Verein für Schwaben e.V.
VDST
Pro Wildlife
Global Nature Fund
Gregor Louisoder Umweltstiftung
Grüne Liga – Netzwerk Ökologischer Bewegungen
Heinz Sielmann Stiftung
Katalyse Institut
UfU Unabhängiges Institut für Umweltfragen
Oro Verde – Die Tropenwaldstiftung
Gentechnikfreies Europa e.V.
Aktion Fischotterschutz
Beate & Hubert Weinzierl Stiftung
RBN – Bergischer Naturschutzverein e.V.
BUND – Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland – Friends of the Earth Germany
ÖJV Deutschland
bmt – bund gegen missbrauch der tiere e.V.
VCD – Mobilität für Menschen.
Germanwatch
Vier Pfoten
LBV
Komitee gegen den Vogelmord e.V.
BDG – Bundesverband Deutscher Gartenfreunde e.V.
Pollichia – Verein für Naturforschung und Landespflege
Bundesverband Tierheime e.V.
Deutsche Gesellschaft für Gartenkunst und Landschaftskultur e.V. – DGGL
DGU – Deutsche Gesellschaft für Umwelterziehung
DOG
FN
Verein zum Schutz der Bergwelt
Vereinigung der Freizeitreiter und -fahrer in Deutschland e.V. – VFD
DAV – Deutscher Alpenverein
Deutsche Umwelthilfe
Die Umwelt-Akademie
fine+p – forum für internationale entwicklung + planung
Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft
AGA – Aktionsgemeinschaft Artenschutz

Stand: Dezember 2018